

Vortrag von **Dr. Michael Ploetz** in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus“ am 25. April 2002

## **Breshnews Griff zur Weltmacht**

Der Referent Dr. Michael Ploetz (Jahrgang 1967), promovierte 1989 in London mit einer Arbeit über Marxismus-Leninismus im zweiten kalten Krieg (1979-1985), war danach Mitarbeiter am Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität und ist seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte (Außenstelle im Auswärtigen Amt).

Die Langzeitstrategie der Sowjetunion unter Breschnew sah vor, erstens die „Entspannungspolitik“ zwischen Ost und West zur Entfaltung einer „Friedensoffensive“ von kommunistisch gesteuerten Basisbewegungen zu nutzen. Dieser „Friedenskampf“ sollte zweitens das gesellschaftliche Klima schaffen für die Entfaltung paramilitärischer Aktionen. Drittens sollte der Linksterrorismus der 70er Jahre, insbesondere die Baader-Meinhof-Gruppe in der Bundesrepublik, der Kern sein für eine noch zu schaffende Partei kämpferischer Kommunisten mit dem Ziel einer sozialistischen Umwälzung im Westen Deutschlands.

Im Oktober 1984 hatte z.B. Honecker in Ost-Berlin eine Unterredung mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko, in der er die „nur“ gewaltfreien Aktionen der westdeutschen Friedensbewegung dafür verantwortlich machte, dass es zur NATO-Nachrüstung gekommen sei: „Es ist eine Tatsache, dass die Bürger Angst vor der wachsenden Kriegsgefahr haben. Man muss feststellen, dass dieser Angst das Niveau der Massenaktionen gegen den Konfrontationskurs nicht entspricht. Dabei gibt es große Bewegungen, z.B. in der BRD, diese achten aber zu sehr auf die Gewaltlosigkeit ihrer Aktionen. Damit ermöglichen sie es der USA, weiter ihre Pershing-II-Raketen zu stationieren.“

Betrachtet man die strategischen Analysen der Rote-Armee-Fraktion aus jener Zeit, wie sie in deren Kommandoerklärungen formuliert sind, fällt ihre große Ähnlichkeit zu den Analysen des SED-Parteiapparates auf. In der kommunistischen Weltbewegung war die Frage der Gewalt nie eine Frage der Strategie, sondern immer nur der Taktik. Keine grundsätzliche Frage also, erst recht keine moralische, sondern nur eine der Nützlichkeit, der Opportunität in der jeweiligen Situation. In dem 1972 in der DDR erschienenen Buch „Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozess“ heißt es: „Die friedliche und die nichtfriedliche Form des revolutionären Kampfes ist keine strategische, sondern eine taktische Frage, die vom Kräfteverhältnis unter Einschätzung der Lage zu einem bestimmten Zeitpunkt der Entwicklung der Revolution abhängt. Die Erfahrungen zeigen, dass die kommunistischen Parteien bei jedem revolutionären Weg, dem friedlichen und dem bewaffneten, alle Formen des revolutionären Kampfes geschickt nutzen.“ DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann führte 1976 in der SED-Theoriezeitschrift „Einheit“ aus: „Die sozialistische Revolution als die fundamentalste soziale Umwälzung der Geschichte vermag die neue, menschenwürdige Ordnung nur dann herbeizuführen, wenn sie die alte Klassenherrschaft bis auf den Grund niederreißt, wenn sie jederzeit bereit und fähig ist, gewaltsamen Widerstand der gestürzten Klasse mit eigenen Gewaltmitteln niederzuhalten und zu überwinden. Konterrevolutionäre

Gewalt muss und kann nur mit revolutionärer Gewalt beantwortet und gebrochen werden.“

In dem 1979 erschienenen Buch „Kommunistische Bewegung und revolutionärer Kampf“ wurde darauf hingewiesen, dass man den friedlichen Weg keineswegs mit einem gewaltlosen Weg gleichsetzen kann und darf.

Schon im Juli 1966 hatte man auf einer Beratung der Warschauer-Pakt-Staaten in Bukarest festgelegt: Die Periode der friedlichen Koexistenz sollte bis 1972 abgeschlossen sein, dann sollte die Periode der „dynamischen sozialen Veränderungen“ beginnen. Dazu schrieb ein tschechoslowakischer Generalmajor, Jan Cena, ehemaliger Stabschef im Prager Verteidigungsministerium, nach seiner Flucht in den Westen 1968: „Der wichtigste strategische Zweck der Phase III, der Periode der dynamischen sozialen Veränderungen, lag nach den Worten der sowjetischen Direktive darin, die Hoffnung auf die falsche Demokratie zu zerschlagen und für die totale Demoralisierung des Westens zu sorgen. Unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten würden das entscheidende Element dieser Phase sein. Durch Förderung des Glaubens an unsere Politik der Freundschaft und Zusammenarbeit mit Amerika gedachten wir, die größtmögliche wirtschaftliche und technologische Hilfe vom Westen zu erlangen und die kapitalistischen Staaten gleichzeitig zu überzeugen, dass sie keine militärischen Bündnisse benötigen. Die daraus folgende Erosion der NATO würde mit dem Rückzug der Vereinigten Staaten aus ihren Verpflichtungen zur Verteidigung Europas und mit der Feindseligkeit der Europäer gegen Militärausgaben abgeschlossen werden, durch wirtschaftliche Rezession erzeugt und durch Bemühungen progressiver Kräfte verstärkt.“

Es ging in dem kommunistischen Strategiedenken darum, den Stellungskrieg, als den man sich den kalten Krieg bis dahin vorgestellt hatte, hinter sich zu lassen, um in eine Art Bewegungskrieg hineinzukommen, mit dem man neues Land gewinnen kann.

In einer Ausarbeitung des SED-Politbüros von 1966 heißt es: „Nach einer demokratischen Umwälzung werden wir daran interessiert sein, einen Prozess der Annäherung DDR-Westdeutschland in Gang zu bringen. Die schrittweise enger werdende Zusammenarbeit und Kooperation wird begleitet sein müssen von einer nachhaltigen allseitigen Unterstützung der demokratischen Kräfte Westdeutschlands, damit sie die Staatsmacht fest in die Hände bekommen und sich die Basis für die notwendigen Veränderungen in der gesellschaftlichen Struktur schaffen können.“ Um dieses Ziel zu erreichen, sollte der Hauptstoß weiterhin gegen die CDU/CSU gerichtet werden, andererseits war bei den SPD- und Gewerkschaftsmitgliedern auf einen Prozess des Bewusstseinwandels hinzuwirken, der sie zu einem Instrument der Systemveränderung im Sinne der SED machen sollte. In der Ausarbeitung hieß es: „SP-Mitglieder und –Funktionäre sind die Hauptkraft, die einen Wandel in Westdeutschland bewirken können. Sie sind daher nach wie vor unsere potentiellen Bundesgenossen. Wir müssen geduldig unsere Bemühungen fortsetzen, um zu einer Gemeinsamkeit der Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik zu gelangen. Die sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre müssen von ihrem Nationalismus kuriert werden. Ihnen muss man klarmachen, dass z.B. die Nichtanerkennung der DDR und die Forderung nach den Grenzen von 1937 eine für Westdeutschland lebensgefährliche Unterstützung der Revanchepolitik der westdeutschen Imperialisten und ihrer Militaristen ist.“

In der Etappe bis 1980 steckten sich die SED-Strategen das Ziel, „in der Bundesrepublik weitgehende Schritte in der Richtung einer parlamentarischen Demokratie mit antimilitaristischem und antifaschistischem Charakter anzustoßen.“

SPD-Losungen der sozialen Demokratie und des demokratischen Sozialismus sollten radikalisiert werden, damit „aus Mitteln zur Stabilisierung des Imperialismus solche zur Durchführung einer Mitbestimmung würden, durch die die Macht der Monopole als Quelle von Militarismus und Faschismus zunehmend erkannt und durch antiimperialistische Reformen bekämpft werden kann. So wird die Demokratie immer mehr ein Instrument zur Bekämpfung des Imperialismus anstatt eines zu seiner Bemäntelung.“

Es ist dieselbe Strategie, die bereits nach 1945 in Osteuropa angewandt worden war und die Ulbricht damals in den klassischen Satz kleidete: „Es muss alles demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“

In den 70er Jahren wurden dann vom Ministerium für Staatssicherheit Vorbereitungen für die Aktionen „tschekistischer Einsatzgruppen in einer vorrevolutionären Krisensituation im Operationsgebiet“ getroffen. Diese paramilitärischen Terror- und Sabotageeinheiten des MfS sollten die militärische Vorhut der Kommunisten im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung sein. Das Pendant hierzu war der Militärapparat der DKP; ein Sachverhalt, der erst nach 1989/90 ans Tageslicht kam.

In dem 1979 auch in der DDR erschienenen sowjetischen Militär-Handbuch „Armee und Krieg“ heißt es u.a.: „Der Friedenskampf dient als Katalysator zur Entfaltung einer Revolution. In der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, in der die Möglichkeit entstand, die soziale Basis der sozialistischen Revolution zu erweitern, ist es äußerst wichtig, die Massen zusammenzuschließen. Es ist eine der bedeutsamsten Aufgaben der kommunistischen und Arbeiterparteien, in den kapitalistischen Ländern die Mehrheit der Werktätigen zu gewinnen und eine breite Front der antiimperialistischen Kräfte zu bilden. Der Kampf der kommunistischen und Arbeiterparteien für die Verwirklichung allgemeindemokratischer Losungen und für den Frieden trägt dazu bei, eine politische Massenarmee für die sozialistische Revolution zu schaffen.“

Bezeichnend ist auch, dass diejenigen Kommunisten, die gewaltsame Mittel ablehnten, sich ständig der Kritik aus Moskau und Ost-Berlin erwehren mussten. In einem Gespräch zwischen SED-Politbüromitglied Hermann Axen und den KPdSU-Funktionären Boris Ponimarow und Valentin Zagladin am 27.02.1973 wurde „die mangelnde Vorbereitung der italienischen Genossen auf den bewaffneten Kampf“ beklagt. „In den Kontakten mit der IKP zeigt sich bereits in der Zeit, als Togliatti und Longo noch an der Spitze standen, Unterschiede in Grundfragen. Delegationen der KPdSU, die zur Zeit des Genossen Togliatti in Italien weilten, stellten bereits damals eine einseitige Orientierung auf den friedlichen Weg fest. In Italien ist viel Zündstoff angehäuft, der zur Explosion führen kann. Darauf muss die Partei das Volk vorbereiten. Im Kopf der Arbeiterklasse müssen alle Formen des Kampfes klar sein.“ Was die KPdSU von einer einseitigen Orientierung auf den friedlichen Weg hielt, kann man auch in dem 1972 erschienenen Band „Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozess“ nachlesen: „Der Marxismus-Leninismus vertrat stets die Auffassung, dass es eine an Verrat an den Massen grenzende Naivität wäre, auf den Zeitpunkt zu warten, zu dem sich die Möglichkeit einer lediglich friedlichen Entwicklung der Revolution ergibt.“

Nach der Ermordung des italienischen Premiers Aldo Moro im Mai 1978 erklärte Boris Ponimarow süffisant: „Das Leben vermittelt den italienischen Genossen manche Lehre. Wir haben den italienischen Genossen schon vor Jahren gesagt, dass das Anwachsen der revolutionären Kräfte nicht zu einer automatischen Veränderung der Mehrheitsverhältnisse führt, sondern zu einer Verstärkung der Aktivitäten reaktionärer Kräfte. Diese Entwicklung führt damit unausweichlich zu einem Punkt,

an dem offen gewaltsame Auseinandersetzungen nicht zu vermeiden sind. Das revolutionäre Potential in Italien ist groß, die IKP tritt jedoch nicht offensiv genug auf.“

Obwohl die gesellschaftlichen Folgen der 68er Bewegung in der Bundesrepublik latent bis heute negativ nachwirken, ist es doch positiv zu werten, dass sie in den Staat integriert werden konnte und nicht zu einer bürgerkriegsähnlichen Situation geführt haben. Während es in der Bundesrepublik nur die relativ wenigen Terroristen der RAF gegeben hat, hat der Linksterrorismus etwa in Italien eine wesentlich größere Rolle gespielt. Es ist der SED letztendlich eben doch nie gelungen, in der „BRD“ eine revolutionäre Situation herbeizuführen. Die Integrationskraft der westlichen Gesellschaft erwies sich stärker als die kommunistischen Versuche, „nützliche Idioten“ zu produzieren bzw. zu instrumentalisieren.

Hans Brückl